

AMNESTY INTERNATIONAL

5 April 2022 MDE 15/5450/2022

FRANKREICH:

Strafanzeige gegen die israelische NSO-GRUPPE: Mit PEGASUS Spionagesoftware das Telefon des französisch-palästinensischen Menschenrechtsverteidigers Salah Hamouri ausgespäht

Wegen der illegalen Ausspähung des Telefons des französisch-palästinensischen Menschenrechtsverteidigers Salah Hamouri haben die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH / *Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme*), die französische Liga für Menschenrechte (LDH / *Ligue des droits de l'homme*) und Salah Hamouri eine gemeinsame Strafanzeige gegen die israelische Cyber-Spionage-Firma NSO-Gruppe eingereicht. Die Ausspähaktion war in den besetzten palästinensischen Gebieten gestartet worden und setzte sich auf französischem Boden fort, was nach französischem Recht einen Verstoß gegen das Recht auf Privatsphäre darstellt.

Im Oktober 2021 kontaktierte Salah Hamouri die [Front Line Defenders](#), um sein Telefons überprüfen zu lassen, nachdem er von der Ausspähung der Telefone anderer palästinensischer Menschenrechtsverteidiger gehört hatte. Anfang November 2021 schloss Front Line diese [Überprüfung](#) ab, und ihre Ergebnisse wurden von [The Citizen Lab](#) und [Amnesty International](#) bestätigt. Wie sich herausstellte, waren die Telefone von Salah Hamouri und anderen palästinensischen Menschenrechtsverteidigern unter Verwendung von PEGASUS, einer von der israelischen NSO-Gruppe hergestellten Spionagesoftware, gehackt worden. Die Untersuchung bestätigte, dass Salah Hamouri's Telefon im April 2021 infiltriert wurde. Im Dezember 2021 wandte er sich an die FIDH und bat die Organisation, ihn bei der Erstattung einer Strafanzeige gegen die NSO-Gruppe zu vertreten, da letztere ihre Spionagesoftware rechtswidrig dazu genutzt hat, in sein Telefon einzudringen und es auszuspähen, und damit sein gesamtes berufliches und privates Leben, wodurch ihm unter anderem sein Recht auf Privatsphäre genommen wurde.

„Jetzt drängen wir den Pariser Staatsanwalt darauf, eine vorläufige Untersuchung zu den in unserer Strafanzeige beschriebenen Verstößen zu eröffnen“, erklärten Emmanuel Daoud, Clémence Bectarte und Patrick Baudouin, die die Klage heute im Namen von FIDH, LDH und Salah Hamouri einreichten.

Schon seit dem Jahr 2000, als er als 15-Jähriger eine Schussverletzung davontrug, steht Salah Hamouri im Visier israelischer Verfolgung. Im Alter von 16 Jahren wurde er zum ersten Mal verhaftet und ist seitdem wegen seiner menschenrechtlichen Aktivitäten kontinuierlichen Schikanen durch israelische Behörden ausgesetzt, darunter sechs Zeiten der Inhaftierung und [willkürliche Festnahmen](#), diverse Reiseverbote, exorbitant hohe Kautionszahlungen und Geldstrafen, Hausarreste, die [Trennung von seiner Familie](#) und die Aberkennung seines Status als Einwohner von Jerusalem. Derzeit besteht die dringende Gefahr, dass er des Landes verwiesen wird. Erst am 7. März 2022 wurde eine weitere rechtswidrige Administrativhaft für einen Zeitraum von drei Monaten gegen Salah Hamouri verhängt, die anhand der Notstandsbestimmungen, die der israelische Militärkommandant in der Westbank zur Anwendung bringt, unendlich oft erneuert werden kann.

„Ich führe meinen Kampf weiter fort, weil ich will, dass alle Palästinenser*innen in Freiheit und Würde leben, und ich weiß, dass das nicht ohne einen Kampf zustande kommen wird, ohne Opfer vonseiten derer, die willens sind, Position zu beziehen“, sagte Salah Hamouri

Am 18. Oktober 2021 erließ Israels Innenminister einen Beschluss, durch den Salah Hamouri seinen dauerhaften Einwohnerstatus für die Stadt Jerusalem [entzogen](#) wurde. Diese Entscheidung beruhte, unter dem Hinweis auf „geheime Informationen“, auf Salah Hamouri's angeblichem „Bruch der Staatstreue gegenüber Israel“, auf vage formulierten und ungenau definierten Vorwürfen von „terroristischen Aktivitäten“ und / oder auf einer angeblichen Zugehörigkeit zu „terroristischen Gebilden“. Wenn diese Maßnahme umgesetzt werden sollte, so würde das bedeuten, dass Salah Hamouri, der 1985 in Jerusalem geboren wurde und sein ganzes Leben dort verbracht hat, dauerhaft und ohne eine Möglichkeit zur Rückkehr aus dem Land seiner Herkunft und dem Mittelpunkt seines Lebens ausgewiesen wird. Und es wäre ein gefährlicher juristischer Präzedenzfall geschaffen, der von israelischen Behörden systematisch dazu genutzt werden könnte, den palästinensischen Einwohner*innen von Jerusalem ihren Einwohnerstatus zu entziehen, und die Versuche der Behörden unterstützen, Jerusalem seiner palästinensischen Bevölkerungsanteile zu entledigen

AMNESTY INTERNATIONAL

„Derartigen Aktivitäten, die sich die Errungenschaften der Menschheit auf technologischem Gebiet zunutze machen, um Menschenrechtsverletzungen zu begehen, muss ein Ende gesetzt werden, und es sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die Verantwortlichkeiten zu klären. Wenn es nicht gelingen sollte, die NSO und deren Konsorten vor Gericht zu bringen, dann wird dies dazu ermuntern, die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern immer weiter fortzuführen“, sagte Shawan Jabarin, der stellvertretende Leiter von FIDH.

FIDH und LDH verurteilen diese missbräuchlichen und willkürlichen Maßnahmen. Die Attacken gegen Salah Hamouri scheinen einzig und allein darauf abzielen, ihn für seine legitimen menschenrechtlichen Aktivitäten, insbesondere zur Unterstützung palästinensischer politischer Gefangener, zu bestrafen. Sie sind Teil einer breiteren Kampagne der israelischen Regierung, durch die palästinensische und israelische Menschenrechtsgruppen und Menschenrechtsverteidigern die Legitimation genommen werden soll und die sich aktiv dafür einsetzen, [dass diese von ihren Geberquellen abgeschnitten werden](#).

Wegen der rechtswidrigen Nutzung von Technologien unter Verstoß gegen Menschenrechtsnormen und Prinzipien ist die NSO-Gruppe weltweit mit mehreren Gerichtsverfahren konfrontiert. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen, darunter auch FIDH, drängten die Europäische Union darauf, die NSO-Gruppe auf ihre weltweite [Sanktionsliste](#) zu setzen und alle entsprechenden Schritte zu ergreifen, um den Verkauf, den Transfer, die Aus- und Einfuhr und die Nutzung von Technologien der NSO-Gruppe so lange zu verbieten, bis adäquate menschenrechtliche Sicherungsmechanismen in Kraft gesetzt sind. Wenn Unternehmen Menschenrechte verletzen, ist es unabdingbar notwendig, dass angemessene Sanktionen und Maßnahmen verabschiedet und den Betroffenen ein Recht auf entsprechende Rechtsmittel zur Gegenwehr an die Hand gegeben werden. Der FIDH hat sich schon [mehrfach dafür ausgesprochen](#), dass etwaige diesbezügliche Regelungen auf europäischer Ebene alle Unternehmen in den Blick nehmen müssen, auch jene, die im Technologie-Sektor tätig sind.

Die Erstattung der Strafanzeige wird von führenden Menschenrechtsorganisationen und maßgeblichen Ermittlern zur NSO-Gruppe begrüßt, darunter

[Access Now](#)

[Amnesty International](#)

[Front Line Defenders](#)

[Forensic Architecture](#)

[Center for Constitutional Rights](#)

[Addameer Prisoner Support and Human Rights Association](#)

[Al Haq Organization - Law in the Service of Mankind](#)

[The Palestinian Institute for Public Diplomacy](#)

[Zamleh – Arab Center for the Advancement of Social Media](#)